

Chancen und Ziele neuer Mobilität

Die NRW-Koalition macht Verkehrspolitik unter den Grundsätzen der Ideologiefreiheit, der Nutzerorientierung und der Technologieoffenheit. Bürger und Unternehmen müssen selbst entscheiden können, wie, wann und vor allem womit sie ihre Wege zurücklegen wollen.

Die veränderten technischen Möglichkeiten erfordern angemessene Antworten in der Verkehrspolitik. Chancen und Ziele neuer Mobilität müssen erkannt und genutzt werden. Eine funktions- und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist dafür die zwingende Voraussetzung. Die Fraktionen von FDP und CDU fordern die Landesregierung unter anderem auf, Projekte aus dem Bereich Mobilität 4.0 zu fördern.

→ [Antrag: NRW stellt Weichen für die Mobilität der Zukunft](#)

Strukturwandel aktiv begleiten und unterstützen

Das Rheinische Revier hat den Strukturwandel rechtzeitig und präventiv begonnen. Wo heute noch Braunkohle abgebaut wird, wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten Neues entstehen. Unter dem Motto „Strukturwandel in Echtzeit“ begleiten die Akteure vor Ort aktiv und gestalten die Transformation von Landschaft, Leben und Arbeit. Sie kennen die Region und wissen am besten um erforderliche Maßnahmen und Projekte. Die NRW-Koalition aus FDP und CDU unterstützt das enge Netzwerk aus Wissenschaft, Wirtschaft, Kommunalpolitik und Verbänden bei der Bewältigung der großen Zukunftsaufgaben.

→ [Antrag: Strukturwandel im Rheinischen Revier zum Erfolg bringen](#)



In dritter Lesung haben die Fraktionen von FDP und CDU dem Haushaltsentwurf der Landesregierung zugestimmt. Rund 78 Milliarden Euro umfasst der Etat für das Jahr 2019. Neue Schulden werden nicht gemacht. Alte Schulden werden erstmals getilgt.

In der Generaldebatte machte Christof Rasche, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion, klar: „Gemeinsam mit der CDU suchen und finden wir Lösungen. Diese gemeinsamen Lösungen finden sich auch im gesamten Haushalt des Jahres 2019 wieder: generationengerechte Haushaltspolitik, aber verbunden mit klugen Zukunftsinvestitionen, sozialer Ausgleich mit guten Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung, eine Ergänzung und kein Widerspruch zwischen Ökologie und Ökonomie sowie unser Ansatz der Verbindung von Freiheit und Sicherheit.“

→ [Rede: Christof Rasche zur Verabschiedung des Haushalts 2019](#)

Weitere Initiativen der FDP-Landtagsfraktion

Selbstbestimmung bei Kinderwunsch stärken

Die Koalition aus FDP und CDU möchte den Zugang zu Reproduktionsmedizin für Menschen mit unerfülltem Kinderwunsch erleichtern. Für diejenigen, die sich einen Kinderwunsch auf natürlichem Wege nicht erfüllen können, ist die künstliche Befruchtung die wichtigste und wirksamste Alternative. Die Koalitionsfraktionen haben die Landesregierung aufgefordert, hierfür entsprechende Haushaltsmittel bereitzustellen und zu prüfen, welche weiteren Förderungsmöglichkeiten für Menschen mit unerfülltem Kinderwunsch rechtlich zulässig sind.

→ [Antrag: Zugang zu Reproduktionsmedizin erleichtern](#)

Kriminelle Karrieren von Jugendlichen von Anfang an verhindern

Die Jugendkriminalität in Nordrhein-Westfalen sinkt. Dennoch gibt es nach wie vor heranwachsende Intensivtäter, denen ein von Kriminalität geprägtes Leben bevorstehen könnte. Im sogenannten Haus des Jugendrechts arbeiten Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendgerichtshilfe gemeinsam an der Kriminalitätsbekämpfung und -verfolgung. Auf Antrag der Koalitionsfraktionen soll das erfolgreiche Modell weiterentwickelt und ausgeweitet werden.

→ [Antrag: Jugendkriminalität weiter effektiv bekämpfen](#)

Sicherheitspaket I – Update für das Polizeigesetz

Mit den Stimmen von FDP, CDU und SPD hat der Landtag das Sicherheitspaket I beschlossen – ein zeitgemäßes Update für das Polizeigesetz NRW. Mehr Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger unter Wahrung der Bürgerrechte sind das Ergebnis gründlicher Beratungen in den vergangenen Monaten.

Mit der maßvollen Ausweitung des so genannten Unterbindungsgewahrsams gewinnt die Polizei Zeit, um etwa bei akutem Terrorverdacht Beweise zu sichern. In Zukunft wird die Höchstzeit für den Gewahrsam bei 14 Tagen liegen. Eine Verlängerung um weitere 14 Tage ist möglich. Ob und wie lange ein Gefährder in Gewahrsam bleibt, entscheidet ein Richter. Auch Pädophile, gewalttätige Partner oder Hooligans können als ultima ratio für maximal sieben beziehungsweise zehn Tage in Gewahrsam genommen werden.

Die veränderten Kommunikationswege machen die mögliche Überwachung von Messenger-Diensten notwendig. Es ist ausschließlich die Überwachung der laufenden Kommunikation zulässig – und das auch nur nach richterlicher Anordnung bei Verdacht einer terroristischen Gefahr oder zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für überragend wichtige Rechtsgüter wie Leib, Leben oder Freiheit einer Person.

Die Änderungen am Polizeigesetz sind Grundlage für den zeitgemäßen und rechtssicheren Kampf gegen Terror und Kriminalität. Damit lösen FDP und CDU ein zentrales Wahlversprechen ein.

→ [meinefraktion.de: Sicherheit und Bürgerrechte – wir machen beides!](#)

Weltweiter Handel: Frei und fair

Für die Fraktionen von FDP und CDU sind freier und fairer Handel keine Gegensätze. Sie gehören untrennbar zusammen. Sie ermöglichen und sichern Wohlstand nicht nur in den großen, industrialisierten Ländern, sondern auch in Entwicklungsländern. Die weltweit sinkende Armutsquote ist der eindrucksvolle Beleg für die positiven Effekte der globalisierten Wirtschaft. Schutz- und Strafzölle hingegen produzieren nur Verlierer. Die Handelsabkommen CETA mit Kanada und JEFTA mit Japan, die die EU abschließen will, sollten auch deshalb zügig umgesetzt werden.

FDP und CDU haben die Landesregierung aufgefordert, sich weiterhin aktiv für freien und fairen Handel in der globalisierten Wirtschaft einzusetzen. Nationale und internationale Rahmenwerke und Leitlinien sollen unterstützt und – soweit Landessache – umgesetzt werden.

→ [Antrag: Freien und fairen Handel stärken](#)